

»Alternativer 3. Oktober 2007«

Unter dieser Losung riefen das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. (OKV) und seine Mitgliedsverbände zu einem öffentlichen Bürgerprotest gegen das Absterben ganzer Gebiete Ostdeutschlands zu einer Armutsregion, gegen die Diskriminierung der Ostdeutschen und ihrer Geschichte auf. Anlass war der 17. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die BRD, Veranstaltungsort das »Kosmos« in der Berliner Karl-Marx-Allee.

Die Veranstaltung stand unter der Leitung des Vorsitzenden der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), Prof. Dr. Wolfgang Richter. Prof. Dr. Moritz Mebel sprach über »Protest und Antifaschismus«, Dr. Hans Reichelt referierte zum Thema: »Die Ostdeutsche Bilanz« – 17 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD.

Einen würdigen kulturellen Rahmen gaben Käthe Reichel mit einer Rezitation – Text von Heiner Müller, der Singklub »Che Guevara«, der Chor »Marzahner Promenaden-Mischung« und das politisch-satirische Kabarett »Kartoon«.

Die Teilnehmer verabschiedeten per Unterschrift die nachfolgende, vom Präsidenten des OKV, Prof. Dr. Siegfried Mechler, vorgetragene Protestresolution.

Protestresolution

Jährlich wird der 3. Oktober staatlich als Tag der deutschen Einheit begangen. Der politische Inhalt des 3. Oktober 1990 war jedoch keine Vereinigung, sondern der Anschluss der DDR an die BRD. Der Kapitalismus wurde politisch, ökonomisch, sozial und juristisch auf das Gebiet der DDR übertragen. Die Mehrheit der ostdeutschen Menschen wurde mit Versprechungen geködert, es werde in blühenden Landschaften keinem schlechter gehen.

Nach 17 Jahren ist die Bilanz ernüchternd. Illusionen sind angesichts des Sozialabbaus, der Bildungsmisere, der Verarmung beträchtlicher Teile der Bevölkerung und der hemmungslosen Bereicherung einer kleinen Oberschicht an den harten kapitalistischen Realitäten zerschellt. Ethische und moralische Werte sind Opfer hemmungsloser Profitgier geworden. Die aktive Friedenspolitik der DDR wurde durch eine imperialistische Kriegspolitik ersetzt. Repressive Maßnahmen gegen anders Denkende und Handelnde nehmen zu.

Auch um von dieser unsozialen und rechtswidrigen Entwicklung abzulenken, wird die DDR als totalitäre Diktatur diffamiert und mit dem Völker mordenden NS-Regime auf eine Stufe gestellt. Der konsequente Antifaschismus der DDR wird verleugnet. Soziale, kulturelle und sportliche Errungenschaften, Erfolge und Traditionen werden negiert. Frühere Verantwortungsträger und andere linke Kräfte werden ausgegrenzt, diskriminiert, kriminalisiert und sozial bestraft.

Sichtbare Fortschritte bei der Infrastruktur können nicht darüber hinweg täuschen, dass das Industriepotential und die Agrarwirtschaft Ostdeutschlands weitgehend zerschlagen wurden. Das in Jahrzehnten geschaffene Volksvermögen der DDR wurde vorsätzlich an westdeutsche und ausländische Unternehmen verschleudert oder vernichtet. Die Spareinlagen der Bevölkerung sind zu großen Teilen entwertet worden. Mehrere Millionen Bürger der DDR haben ihre Heimat verlassen. Trotzdem zählt der Osten

Deutschlands zu den Gebieten mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Europa. Die Geburtenrate ist eine der niedrigsten in der Welt. Politiker, Wirtschaftsinstitute und Medien entwerfen Szenarien des Aussterbens und der Verwilderung ostdeutscher Regionen.

Angesichts dieser Realitäten weisen wir die Einschätzung der Bundesregierung im aktuellen Jahresbericht zur Deutschen Einheit über Ostdeutschland als Land der Chancen, der guten Perspektiven und der materiellen Sicherheit als Lüge und Verhöhnung vieler ostdeutscher Menschen entschieden zurück. Wir widersprechen der Auffassung des zuständigen Ministers, dass mit den Maßnahmen der Bundesregierung bis 2019 eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern erreicht wird. Wir lehnen die Meinung der Bundeskanzlerin und von Teilen der SPD-Führung ab, dass auf Grund der positiven Bilanz der Aufbauarbeit Ost die Aufarbeitung spezieller ostdeutscher Probleme noch in dieser Legislaturperiode abzuschließen ist.

Wir fordern wirksame politische Veränderungen:

- Die Beteiligung Deutschlands an Kriegen ist unverzüglich einzustellen. Es ist Schluss zu machen mit jedweder Unterstützung aggressiver Handlungen der USA und der NATO. Der Rüstungsexport ist drastisch zu reduzieren. Von deutschem Boden darf keine Kriegsgefahr ausgehen.
- Erscheinungen des Nationalismus, der Völkerhetze, des Rassismus und des Faschismus ist mit allen verfügbaren Mitteln entgegen zu treten. Die Verunglimpfung der DDR ist einzustellen. Der permanenten Verletzung der im Grundgesetz verankerten Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist Einhalt zu gebieten. Die Politik des Sozialraubs, insbesondere im Bereich des Gesundheits- und Bildungswesens und bei Renten, ist zu beenden.
- Das in der Europäischen Sozialcharta und dem Sozialpakt der UNO verankerte Menschenrecht auf Arbeit ist anzuerkennen und durchzusetzen.
- Bei der Modernisierung der Wirtschaft ist eine Konzentration der Forschung und Industrialisierung auf die ostdeutschen Länder vorzunehmen. Dadurch ist ein selbst tragender Aufschwung Ostdeutschlands anzustreben.
- Ostdeutsche Menschen sind für das geraubte Volkseigentum entsprechend Einigungsvertrag, für die Verluste ihrer Ersparnisse und gemäß Forderung des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO vom 2. Dezember 1998 für den Verlust ihrer Beschäftigung angemessen zu entschädigen. Die Herstellung gleicher Lebensbedingungen und gleicher Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger in allen Bundesländern gemäß Grundgesetz ist zu sichern.
- Jegliche Form der grundgesetzwidrigen Diskriminierung ostdeutscher Bürger ist zu beenden. Mit der bewussten Verfälschung deutscher Geschichte ist Schluss zu machen.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand nahm in seiner Sitzung am 26.09.2007 Berichte von Horst Parton, Lothar Wellschmied und der Rechtsanwältin Jacqueline Stoew aus der Anwaltskanzlei Bleiberg entgegen. Diese belegten aus unterschiedlicher Sicht die Fortschritte, die auf dem Weg zur erneuten Eröffnung des juristischen Kampfes gegen die diskriminierenden Regelungen des Paragraph 7 AAÜG in den letzten Wochen erreicht werden konnten.

Vor allem die begonnene Auswertung der vom Bundesverwaltungsamt übergebenen Daten lässt erwarten, dass eine umfassende Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS im Vergleich zu den amtlichen Daten über die Einkommen in der Volkswirtschaft der DDR möglich wird. Insbesondere konnten Lücken für die Jahre zwischen 1950 und 1960 geschlossen werden, da eine Haushaltsstatistik des MfS erst ab 1960 verfügbar ist. Zahlreiche weitere Dokumente, z.B. Besoldungsordnungen der bewaffneten Organe oder ein wichtiges Grundsatzdokument aus dem Nationalen Verteidigungsrat der DDR beweisen eindeutig, dass die These von der angeblichen Selbstprivilegierung des MfS nicht haltbar ist.

Der Vorstand verständigte sich darauf, Zwischenergebnisse nicht zu veröffentlichen und

deren endgültige und zusammenhängende gutachterliche Bewertung, d.h. deren unvoreingenommene, wissenschaftliche Überprüfung durch die beauftragten Gutachter abzuwarten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint der für Ende Dezember angestrebte Termin für die Fertigstellung des sozialwissenschaftlichen Gutachtens zu den Einkommen im MfS als unabdingbare Voraussetzung der Wiederaufnahme des juristischen Kampfes realistisch. Das gilt vorerst auch angesichts sich abzeichnender Möglichkeiten, weitere, bisher unerschlossene Vergleichsdaten aus dem Mdl und vor allem der NVA der DDR einzubeziehen. Sollte es dadurch zu terminlichen Verzögerungen kommen, wird der Erhöhung der Aussage- und Überzeugungskraft des o.g. Gutachtens Vorrang eingeräumt. Erhebliche Terminverschiebungen soll es nicht geben, da auch mit einem Ergänzungsgutachten gearbeitet werden kann.

Insgesamt gilt uneingeschränkt, was Rechtsanwalt Benno Bleiberg auf unserer Vertreterversammlung gefordert hat: Nicht nur 100%ige sondern möglichst 109%ige Sicherheit bei allem, was wir dem Bundesverfassungsgericht vorlegen wollen.

Die Vorbereitungen für die bevorstehende juristische Auseinandersetzung haben bereits begonnen. In der Novemberausgabe von **ISOR**

aktuell werden die Rechtsanwälte Benno Bleiberg, Jacqueline Stoew und Dr. Rainer Rothe erste konzeptionelle Vorstellungen hierzu erläutern. An der Auswahl geeigneter Musterverfahren wird gearbeitet.

Am 18.10.2007 wird der Vorstand mit geladenen Gästen, darunter den Mitgliedern des Beirates und Vertretern der TIG aus Berlin, dem Berliner Umland und den Bezirksstädten der DDR ein Kolloquium in memoriam für Oberst a.D. Prof. Dr. sc. jur. Wolfgang Edelmann, Gründungsmitglied und langjähriger stellvertretender Vorsitzender der ISOR e.V. ausrichten.

Der Vorstand nahm die Berichte von drei Landesbeauftragten entgegen. Diese bestätigten die Entschlossenheit der Mitglieder, den Kampf gegen die Straffrenten bis zum Ende fortzusetzen.

Der Aufruf der TIG Hohenschönhausen findet weiterhin breite Zustimmung. Unser Verein kann sich auf den uneigennützigsten und aufopferungsvollen Einsatz vieler Funktionäre und Helfer in den TIG stützen. Nach wie vor gelingt es durch die Gewinnung neuer Mitglieder, den Mitgliederbestand zu stabilisieren. Die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Vereinen gestaltet sich auch auf der regionalen und örtlichen Ebene weiterhin kameradschaftlich und konstruktiv.

Wolfgang Schmidt



Aus unseren TIG

Aus den TIG **Berlin-Köpenick** und **Treptow** teilt uns unser Freund **Karlheinz Wunderlich** mit:

Der Sprecher der Kameradschaft Ehemalige Berlin Treptow-Köpenick des Deutschen Bundeswehrverbandes verwahrte sich gegen provokante Versuche eines Vertreters der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, die gemeinsame Arbeit mit ISOR und der GBM im »Sozialen Arbeitskreis Treptow-Köpenick« zu diskreditieren und zu stören. Mit seiner Zustimmung veröffentlicht **ISOR aktuell** seine Position zum Sachverhalt gegenüber dem »Sozialen Arbeitskreis«, die wir mit Respekt und Dankbarkeit als Ausdruck solidarischen Verhaltens zur Kenntnis genommen haben.

Sein Brief hat folgenden Wortlaut:

Herr Tom Schreiber, SPD-Fraktion, Sprecher für Verfassungsschutz, wandte sich mit einem Schreiben vom 22.04.2007 an den Deutschen Bundeswehrverband (DBwV), in welchem er unter Bezugnahme auf den vom Sozialen Arbeitskreis Treptow-Köpenick u.a. erfolgten Aufruf zur Bürgerversammlung am 26.04.2007 kritisierte, dass der DBwV diesen Aufruf mit unterzeichnet

hat, obwohl sich unter den Mitunterzeichnern solche »Sammlungen ehemaliger Funktionäre und ehemalige Militärs der DDR« wie GBM und ISOR e.V. befunden haben, die als »Stasivereine« bekannt sind und nur das »klare« Ziel hätten, »ihre eigenen Rentenansprüche« zu sichern.

Da ich mich als Sprecher der Kameradschaft Ehemalige Berlin-Treptow-Köpenick des DBwV im Sozialen Arbeitskreis diesbezüglich angesprochen fühlte, habe ich gegenüber dem Vorsitzenden Ehemalige im Landesverband Ost des DBwV folgende Stellungnahme abgegeben:

Der Soziale Arbeitskreis Treptow-Köpenick, in dem unsere Kameradschaft ERH aktiv mitarbeitet, ist ein Aktionsbündnis/Netzwerk von Initiativen, Organisationen, Verbänden und Vereinen auf kommunaler Ebene zur Unterstützung gemeinsamer Bürgerinteressen, wie

- Kampf gegen Sozialabbau,
- für mehr Bürgerdemokratie sowie
- für gemeinsame Aktionen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Jeder Verein, jeder Verband, jede Organisation und jede Initiative vertritt im Rahmen des Sozia-

len Arbeitskreises ihre satzungsgemäßen Ziele. Sie werden weder über den Arbeitskreis gesteuert noch verpflichtet.

1. Der Soziale Arbeitskreis ist überparteilich und offen für jedermann. Er ist Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden sowie des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus des Stadtbezirkes Treptow-Köpenick.

Der Soziale Arbeitskreis verfügt über langjährige Erfahrungen in der Koordinierung gemeinsamer Anliegen im Interesse der Bürger des Stadtbezirkes. In gut besuchten Bürgerversammlungen zu aktuellen, vor allem sozialpolitischen Problemen haben viele Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit wahrgenommen, sich sachkundig zu machen und ihre Anliegen gegenüber den Abgeordneten aus allen Parteien deutlich zu machen..

Der Soziale Arbeitskreis betrachtet sein Wirken als aktiven Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Demokratie und größeres Mitspracherecht zur Durchsetzung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

2. Als Vertreter unserer Kameradschaft im Sozialen Arbeitskreis verwahre ich mich entschieden gegen solche provokanten Versuche, diese Tätigkeit unter Hinweis auf gemeinsame Sache mit so genannten »Stasi-Vereinen«, wie ISOR und GBM betitelt werden, zu diskreditieren. Für ein Mitglied der SPD-Fraktion im Abgeordneten-

haus von Berlin ist es beschämend und politisch unverantwortlich zugleich, derartige Bezeichnungen aus der Boulevardpresse für legitime Organisationen in der Öffentlichkeit zu verwenden. Ich empfehle Herrn Schreiber dringend, sich mit den Satzungen der betreffenden Organisationen zu befassen. Das gilt natürlich auch für die Satzung des Deutschen Bundeswehrverbandes und die Aufgaben, die die Kameradschaften vor Ort im gesellschaftlichen Umfeld zu leisten haben und die wir im Stadtbezirk Treptow-Köpenick wahrnehmen. Seitens des Deutschen Bundeswehrverbandes bestehen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit allen demokratischen Organisationen auf örtlicher und kommunaler Ebene keinerlei Einschränkungen.

3. Auf die zwei Fragen, die Herr Tom Schreiber gern beantwortet haben wollte, möchte ich wie folgt eingehen:

Erstens: Als Mitglied im Sozialen Arbeitskreis Treptow-Köpenick hat unsere Kameradschaft ERH, deren Sprecher ich bin, die o.g. Einladung zur Bürgerversammlung selbstverständlich mit getragen. Es gab und gibt keinen Anlass, das nicht zu tun, auch wenn, wie von Herrn Schreiber kritisiert, die GBM und ISOR dabei sind. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass bei früheren Bürgerversammlungen, wo auf den Einladungen immer der gleiche Einlader-Kreis angegeben war, mehrfach auch SPD-Politiker aufgetreten sind, um das gebotene Podium für ihre Argumente zu nutzen und das, ohne hinterher oder vorher provozierende Briefe zu schreiben.

Zweitens: Der Kameradschaft ERH Treptow-Köpenick ist nicht bekannt, dass die GBM und ISOR »Stasi-Vereine« sind. Solche Titulierungen gehören nicht zu unserem Sprachgebrauch, weder in unserer Kameradschaft noch im Sozialen Arbeitskreis. Die im Sozialen Arbeitskreis vertretenen Initiativen, Organisationen, Verbände und Vereine aus dem Stadtbezirk werden es auch nicht zulassen, dass die so betitelten Organisationen auf diese Art und Weise von »gewählten« Volksvertretern im Abgeordnetenhaus Berlin diskreditiert werden. Es ist zu erwarten, dass sowohl vom Arbeitskreis als auch von den betroffenen Organisationen dagegen vorgegangen wird. Es sei darauf hingewiesen, dass o.g. Organisationen bereits mehrfach gerichtliche Erfolge gegen derartige Verleumdungen verbuchen können.

**Karlheinz Schlenzka, Oberstleutnant a.D.
Stellvertretender Vorsitzender der Kameradschaft ERH Berlin-Treptow-Köpenick**

★

Ende August führte unsere TIG **Suhl/Meinigen/Ilmenau** und die GRH Suhl eine gemeinsame Mitgliederversammlung durch. Als Referent konnte Egon Krenz gewonnen werden. Er sprach zum Thema: »Der Herbst 89 und was daraus geworden ist.«

Engeladen und erschienen waren Vertreter unserer Nachbar-TIG Schmalkalden/Bad-Salungen, Hildburghausen und Sonneberg. Begrüßt wurde der Vorsitzende der Koordinierungsgruppe Vereine und Verbände der Stadt Suhl, Vertreter dieser Vereine und weitere Gäste. Der Zufall wollte es, dass am Veranstaltungstag genau vor 10 Jahren die Strafkammer des Landgerichtes Berlin Egon Krenz zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilte und nach der Urteilsverkündung der Richter mit dem Spruch »Herr Krenz, sie sind verhaftet« die Verhandlung abschloss. Umso herzlicher war die Begrüßung der über 190 Teilnehmer für Egon Krenz. In seinen Ausführungen, die oftmals mit viel Zustimmung und Beifall begleitet wurden, ging er auf Hintergründe und Ursachen für den Zusammenbruch des Sozialismus in den osteuropäischen Ländern, vor allem in der damaligen UdSSR ein, die letztlich auch zum Ende der DDR führte. Mit zahlreichen Fakten erläuterte er kritisch und selbstkritisch die damalige Situation. Er hob hervor, dass der friedliche Verlauf der »Wende« vor allem dem besonnenen Handeln sowohl der damaligen Führung als auch den bewaffneten Organen der DDR zu verdanken war. Die besonders gefährliche Situation am 09.11.89 an der Grenze zu Westberlin konnte Dank der besonnenen Haltung der Grenztruppen und der Angehörigen der Passkontrolleinheiten des MfS in friedliche Bahnen gelenkt werden. Egon Krenz, selbst vom Rentenstrafrecht betroffen, wandte sich gegen den in Massenmedien, einschließlich im ND gebrauchten Begriff »Stasi«, der den Menschen suggerieren solle, dass dies eine Steigerung zu Gestapo ist und willkürliche und gesetzbare Handlungen durchgeführt worden wären. Das MfS als Ministerium war Teil des Ministerrates und in seiner Tätigkeit an Gesetze und Verordnungen gebunden. Er hob hervor, dass eine endgültige Beurteilung der Geschichte erst dann erfolgen kann, wenn alle Archive geöffnet sind, darunter auch die Staatsarchive der damaligen BRD, des BND, der CIA und des KGB.

Egon Krenz beantwortete Fragen der Teilnehmer und bestärkte unsere Mitglieder in ihrer ungebrochenen Solidarität. Am Ende der Veranstaltung signierte er für Teilnehmer mit persönlichen Widmungen seine Bücher »Herbst 89« und »Widerspruch«. Diese Veranstaltung war ein voller Erfolg, und die Teilnehmer werteten sie als einen Höhepunkt unseres Vereinslebens.

Gerhard Neupert

★

Die Mitglieder der TIG **Prenzlau** unterstützen die Initiativen des ISOR-Vorstandes, die einen erneuten Weg zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bahnen. Endlich müsse das Rentenstrafrecht beseitigt werden, das bekräftigte der TIG-Vorsitzende Hans-Joachim Möllenberg auf der September-Mitgliederversammlung in der uckermärkischen Kreisstadt.

Zu dieser Veranstaltung hatte der Prenzlauer TIG-Vorstand auch Gesundheitsexperten, den Bezirksgeschäftsführer der Barmer Ersatzkasse und einen Zahnarzt eingeladen. Diese gaben Antworten zu Fragen der jüngsten Gesundheitsreform. Diese Art Veranstaltungen, die auch Tipps und Rat für den Seniorenalltag vermitteln, werden wir weiterhin fortsetzen, erklärte der TIG-Vorsitzende. Er kündigte an, dass im Monat Dezember zur Jahresabschlussversammlung als Gast der Mitautor des Buches »Angriff und Abwehr« Klaus Eichner erwartet werde.

Über diese Veranstaltung hat übrigens die »Prenzlauer Zeitung« am 27. September in einem ausführlichen Artikel berichtet.

Benno Butschalowski

★

Zu ihrem nunmehr siebenten **Altmarktreffen** konnten die 129 anwesenden Mitglieder und Gäste am 8. September 2007 den Vorsitzenden von ISOR e.V. Horst Parton begrüßen.

Dieser erläuterte in einem mit Aufmerksamkeit verfolgten Vortrag den Stand des juristischen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht, so die derzeit laufende Erarbeitung von Gutachten und die vorgesehenen Musterverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht. Dieser Kampf erfordert von allen unseren Mitgliedern Standvermögen. Unser unverrückbares Ziel ist – Renten bis zur Beitragsbemessungsgrenze für alle.

Als Gäste konnten wir wiederum u.a. das Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt Jörg Krause, Vertreter des Deutschen Bundeswehrverbandes, der GRH, unser zuständiges Beiratsmitglied, sowie Mitglieder der TIG Wolmirstedt, Perleberg und Halberstadt begrüßen. Ein besonderer Dank gilt den 16 Mitgliedern des Musikzuges der Feuerwehr Clenze, Landkreis Lüchow-Dannenberg, die über drei Stunden zu Tanz und Unterhaltung aufspielten. Das nächste Treffen wird am 18. Oktober 2008, um 13.00 Uhr, beginnen. Alle Interessenten sollten sich diesen Termin bereits jetzt vormerken.

Helmut Stefan

Anmerkung der Redaktion: Zum Erfolg der traditionellen Altmarktreffen trägt wesentlich die langfristige Vorbereitung und die öffentliche Auswertung in den örtlichen Medien bei. So wurde bereits im Juli in einer Pressemitteilung an acht örtliche und überörtliche Zeitungen und Medienanstalten auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht. Die Mehrzahl dieser Medien – so die Altmark-Zeitung – informierten nach der Veranstaltung objektiv mit Bild- und Textmaterial.

★

Im Gleichklang vorwärts – das Vermächtnis von Prof. Wolfgang Edelmann ist uns Verpflichtung. Dieser Aussage stellte sich die Mitgliederver-